

Rahmenverträge über Postdienstleistungen für Wahlen und Abstimmungen

Beschluss des Kreisverwaltungsausschusses vom 28.07.2015 (SB) Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

1 Zuständigkeit und Aufteilung

Nachdem der geschätzte Auftragswert für die Vergabe neuer Rahmenverträge über Postdienstleistungen für Wahlen und Abstimmungen die Wertgrenze der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt München übersteigt, ist eine Vergabeermächtigung durch den Stadtrat erforderlich.

Aufgrund der Beschlüsse des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 16.01.2013 und der Vollversammlung vom 23.01.2013 über die Zuständigkeit von Ausschüssen bei Vergabeverfahren ist die Vorlage durch den Kreisverwaltungsausschuss als zuständigem Fachausschuss zu behandeln. Die genannten Postdienstleistungen für Wahlen und Abstimmungen stellen einen referatsinternen Bedarf dar, der aufgrund der besonderen Anforderungen an den Postdienstleister in Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen nicht mit den stadtweiten Postdienstleistungen zusammengefasst werden kann. Die Vorlage ist vor Durchführung der Ausschreibung zu behandeln.

In der Beschlussvorlage werden auch Angaben über Kosten und den geschätzten Auftragswert gemacht. Diese Angaben könnten die Bewerber bei der Kalkulation beeinflussen und den Wettbewerb einschränken. Der Tagesordnungspunkt ist daher in einen öffentlichen und nichtöffentlichen Teil aufzuteilen.

2 Ausschreibungsgrund und Ausschreibungsinhalt

Derzeit besteht auf Seiten der Landeshauptstadt München ein Rahmenvertrag über Postdienstleistungen speziell für Wahlen und Abstimmungen, der bis zum 31.12.2015 befristet ist.

Parallel zu diesem Vertrag bestehen vier weitere Verträge mit der Landeshauptstadt München über allgemeine Postdienstleistungen, die durch das Direktorium - Stadtkanzlei betreut werden. Da es sich bei den Postdienstleistungen für den Bereich

Wahlen und Abstimmungen um sensible und höchst termingebundene Leistungen handelt, die zudem an Stichtagen in sehr hohen Mengen abgearbeitet werden müssen, wurden diese von den allgemeinen Postdienstleistungen der Landeshauptstadt München entkoppelt.

Der bestehende Rahmenvertrag umfasst dabei

- die Versendung der Wahl- bzw. Abstimmungsbenachrichtigungen,
- die Versendung der Briefwahl- bzw. Briefabstimmungsunterlagen sowie
- teilweise die Rücksendung der Briefwahlunterlagen/ Briefabstimmungsunterlagen (nur für allgemeine Wahlen und Abstimmungen im Sinne des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes).

Im Zeitraum 2017 bis 2020 werden voraussichtlich vier Großwahlen und ggf. weitere Abstimmungen, wie Bürger- oder Volksentscheide, durchzuführen sein. Im Einzelnen sind dies nach derzeitigem Kenntnisstand:

- 2017: Bundestagswahl
- 2018: Landtags- und Bezirkswahl
- 2019: Europawahl
- 2020: allgemeine Kommunalwahl

Des Weiteren ist in diesem Zeitraum die Durchführung einer Ausländerbeiratswahl sowie einer Seniorenvertretungswahl vorgesehen.

Aufgrund des Umfangs und der rechtlichen Komplexität sind für die geplante Ausschreibung erhebliche Vorbereitungsarbeiten erforderlich. Nach den Erfahrungen der Vergabestelle 1 ist es in diesem Bereich sinnvoll, einen gewissen zeitlichen Puffer für die Ausschreibung einzuplanen, da es bei derartig komplexen Vergabeverfahren zu verschiedenen Verzögerungen wie Nachfragen von Bietern oder sogar Nachprüfungsanträgen kommen kann. Es ist daher beabsichtigt, den Ende 2015 auslaufenden Vertrag bei Bedarf gegebenenfalls noch um ein halbes Jahr zu verlängern und erst zum 01.07.2016 neu auszuschreiben. Die geplante Laufzeit der neuen Verträge beträgt 4 Jahre.

Eine lückenlose Vertragsfolge zwischen dem bestehenden und dem beabsichtigten Vertrag ist sinnvoll, um die notwendigen Dienstleistungen jederzeit, auch für zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbare Bürger- oder Volksentscheide, abrufen zu können.

3 Losaufteilung

Es werden folgende Lose, aufgeteilt nach Wahlarten bzw. anhand von wahlrechtlichen Grundlagen, gebildet. Da sowohl die Ausländerbeiratswahl als auch die Seniorenvertretungswahl im Kommunalwahlrecht wurzeln, werden diese dem Los 4 zugeordnet.

Los 1: Bundestagswahl

Los 2: Landtags- und Bezirkswahl, optional Volksentscheid(e), optional Volksbefragung(en)

Los 3: Europawahl

Los 4: Kommunalwahl, optional Stichwahl, optional Bürgerentscheid(e), optional Ausländerbeiratswahl, optional Seniorenvertretungswahl

Bieter können Angebote zu einem oder zu mehreren bzw. allen Losen abgeben.

4 Bedarf

Der Rahmenvertrag soll einen Zeitraum von vier Jahren umfassen. Dieser Zeitraum soll die unter 2. dargelegten Wahlen und Abstimmungen umfassen. Da für diesen Zeitraum derzeit nicht feststeht, ob und in welcher Anzahl Bürgerentscheide und/oder Volksentscheide stattfinden, wird jeweils ein Entscheid in die Schätzung des Auftragswertes aufgenommen. Sowohl die Abnahme der vier Großwahlen als auch die Abnahme der optional aufgenommenen Abstimmungen wird nicht garantiert.

Da zum jetzigen Zeitpunkt die Einführung der Volksbefragung auf Landesebene noch nicht abschließend gesetzlich durch eine Anpassung der Wahlordnung geregelt wurde, wird diese, um Lücken zu vermeiden, Bestandteil des Loses 2. Die Abnahme wird nicht garantiert. Eine Einbeziehung in die Schätzung des Auftragswertes erfolgt nicht.

5 Kosten

Der geschätzte Auftragswert der auszuschreibenden Leistung wird aus Wettbewerbsgründen in der Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 03531 im nichtöffentlichen Teil dargestellt.

Die tatsächlich anfallenden Kosten werden in den jeweils durchzuführenden Haushaltsaufstellungsverfahren angemeldet.

6 Vergabeverfahren

Der geschätzte Auftragswert liegt oberhalb des Schwellenwertes von 207.000,00 € (ohne MwSt.), der zu einer europaweiten Ausschreibung verpflichtet. Die Leistung wird in einem offenen Verfahren gemäß § 3 EG Abs. 1 VOL/A ausgeschrieben. Eine entsprechende Bekanntmachung erfolgt im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften sowie auf der Webseite der Vergabestelle 1 unter www.muenchen.de/vgst1.

Zusätzlich werden die Vergabeunterlagen zum Download bereit gestellt.

Geforderte Nachweise/Eigenerklärungen

Die Bieter für die Rahmenverträge müssen ihre Eignung anhand von Unterlagen zur Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit nachweisen, insbesondere durch:

- Eigenerklärung zur Eignung (z. B. über Insolvenzverfahren, schwere Verfehlung, Verurteilung nach dem StGB) jeweils für den Bieter, evtl. benannte Nachunternehmer und die einzelnen Bieter einer Bietergemeinschaft,
- den Nachweis ggf. erforderlicher postrechtlicher Lizenzen, ausgestellt von der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen,
- Kopien des Handelsregisterauszeuges

Auf Anforderung zusätzlich beispielsweise:

- Darstellung der Unternehmensstruktur,
- Darstellung der vorhandenen Transportlogistik/-mittel
- Darstellung der technischen Ausrüstung
- Darstellung der Maßnahmen des Unternehmens zur Qualitätssicherung
- Darstellung der in ausreichender Zahl bundesweit zur Verfügung stehenden flächendeckenden Einlieferungs- und Briefannahmestellen (d.h. die Wählerin bzw. der Wähler oder die Abstimmberechtigte bzw. der Abstimmungsberechtigte hat in geschlossenen Ortschaften in der Regel nicht mehr als 1.000 Meter zurückzulegen, um zu einer Einlieferungsstelle zu gelangen), die über die üblichen Ladenöffnungszeiten hinaus erreichbar sind (z.B. Briefkästen o.ä.),

- Darstellung, wie die Briefbeförderung im gesamten Bundesgebiet gewährleistet ist.

Wertungskriterien für die Rahmenverträge

Die Wertung der einzelnen Lose erfolgt nach nachstehenden Kriterien. Die Gewichtung der Kriterien wird durch entsprechende Punkteverteilung umgesetzt, die für jedes Los separat bewertet wird.

60 % Preis (unverändert)

40 % Qualität der Leistungserbringung (unverändert)

Preis

Die auf das Kriterium „Preis“ entfallende Gewichtung von 60 % wird in ein Punktesystem mit einer maximalen Punktezahl von 60 Punkten umgelegt. Zur preislichen Wertung wird ein relativer Maßstab mittels Anwendung einer Formel gewählt. Der niedrigste Angebotspreis der wertbaren Angebote erhält die Maximalpunktzahl von 60 Punkten. Zur Ermittlung der Punktzahlen der weiteren Angebote wird der niedrigste, wertbare Angebotspreis mit der maximal zu vergebenden Punktzahl von 60 Punkten multipliziert und das Ergebnis durch den jeweiligen Angebotspreis des jeweiligen weiteren Angebots geteilt. Dieses Angebot erhält so eine entsprechend seines höheren Preises niedrigere Punktzahl.

Qualität der Leistungserbringung

Die auf das Kriterium „Qualität“ der Leistungserbringung entfallende Gewichtung von 40 % wird ebenfalls in ein Punktesystem mit einer maximalen Punktzahl von 40 Punkten, aufgeteilt auf 5 Fragen zu je 8 Punkten, umgelegt. Zur Bewertung der Qualität der Leistungserbringung sind unten stehende Fragen zu beantworten, die die individuelle Ausführung des Auftrags für die Landeshauptstadt München betreffen. Der Bieter wird aufgefordert, im Rahmen der Beantwortung darzustellen, wie er für die Landeshauptstadt München den Auftrag speziell in dieser Hinsicht erfüllen will. Die Antworten sind mit dem Angebot vorzulegen.

Frage 1: Sollte der Empfänger der Wahlbenachrichtigung bzw. Abstimmungsbenachrichtigung einen Nachsendeauftrag bei der Deutschen Post gestellt haben, so muss sicher gestellt sein, dass der Empfänger die Benachrichtigungen an seine neue Anschrift bekommt. Der Bieter hat darzulegen, wie er sicherstellen kann, dass ihm alle

Nachsendeaufträge bekannt sind und die Benachrichtigung aus dem Nachsendeauftrag zeitnah erfolgt.

Frage 2: Im Stadtgebiet München gibt es eine Vielzahl von sog. Schließhäusern. Die Landeshauptstadt München hat ein großes Interesse daran, dass Sendungen an Bewohner in Klingel- bzw. Schließhäusern mindestens gemäß den Laufzeiten nach § 2 Nr. 3 Post-Universaldienstleistungsverordnung (PUDLV) zugestellt werden. Der Bieter hat darzulegen, wie er gewährleistet, dass eine Zustellung unter Einhaltung der Laufzeiten der PUDLV in Klingel- bzw. Schließhäusern erfolgen kann.

Frage 3: Die durch den Wähler zurückgesendeten Briefwahlunterlagen / Briefabstimmungsunterlagen sind unmittelbar nach Eingang am selben Tag dem Kreisverwaltungsreferat zur Abholung zur Verfügung zu stellen. Der Bieter hat darzustellen, wie die Gewährleistung der Organisation der Abholung der Briefwahlunterlagen/ Briefabstimmungsunterlagen am selben Tag nach Eingang erfolgen kann.

Frage 4: Die Versendung von Wahl- und Abstimmungsunterlagen kann unter Umständen zu Stoß- und Spitzenzeiten auftreten (z.B. Weihnachts- und Ferienzeit). Der Bieter hat darzulegen, wie mit Blick auf Reservekapazitäten hinsichtlich Personal und Technik etwaige Auftragsspitzen bei der Versendung bewältigt werden und mit welchen Reaktionszeiten gerechnet werden muss.

Frage 5: Die Landeshauptstadt München hat ein Interesse an einer schnellstmöglichen Zustellung der Wahlpost. Mindestvorgabe sind hinsichtlich der Laufzeiten sind die Vorgaben der PUDLV. Eine darüber hinausgehende Gewährleistung kürzerer Laufzeiten wird zu Gunsten des Bieters gewertet. Der Bieter hat daher anzugeben, wie viel Prozent der Sendungen durchschnittlich im Inland E + 1 (Einlieferungstag + Anzahl Tage bis tatsächlich zugestellt wird) zugestellt werden können, und dies durch Gutachten, Prüfungsberichte o.ä. einer unabhängigen Prüfstelle nachzuweisen.

Jede Antwort wird gleich gewichtet. Für jede Antwort werden max. 8 Punkte vergeben, wobei eine gute Qualität 8-6 Punkte, eine durchschnittliche Qualität 5-3 Punkte und eine unterdurchschnittliche Qualität 2-0 Punkte erhält.

Die erreichte Punktzahl der Fragen 1 bis 5 wird summiert.

Auftragsvergabe an die wirtschaftlichsten Angebote

Die Auftragsvergabe an die wirtschaftlichsten Angebote ist für Anfang 2016 geplant. Eine erneute Befassung des Stadtrates ist nur erforderlich, falls das wirtschaftlichste Angebot den geschätzten Gesamtauftragswert um mehr als 20 % übersteigen sollte.

Diese Beschlussvorlage wurde vom Direktorium, Vergabestelle 1 mitgezeichnet.

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Der Korreferent des Kreisverwaltungsreferates, Herr Stadtrat Dr. Dietrich, hat von dieser Beschlussvorlage Kenntnis genommen.

II. Antrag des Referenten

1. Das Kreisverwaltungsreferat wird zum Abschluss von Rahmenverträgen über Postdienstleistungen für Wahlen und Abstimmungen ermächtigt.
2. Die Vergabestelle 1 führt das Vergabeverfahren zu den in dieser Vorlage und der nichtöffentlichen Sitzungsvorlage Nr.14-20 / V 03531 genannten Bedingungen durch und erteilt in Zusammenarbeit mit der Fachdienststelle den Zuschlag auf die wirtschaftlichsten Angebote.
3. Eine erneute Befassung des Stadtrates ist nur erforderlich, falls die wirtschaftlichsten Angebote den geschätzten Auftragswert um mehr als 20 % übersteigen sollten.
4. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in

Dr. Blume-Beyerle
Berufsmäßiger Stadtrat

IV. Abdruck von I. mit III.

über den Stenografischen Sitzungsdienst
an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

V. Wv Kreisverwaltungsreferat – GL/12

zu V.

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdruckes mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. Mit Vorgang zurück zum Kreisverwaltungsreferat -GL/35
zur weiteren Veranlassung

Am

Kreisverwaltungsreferat – GL/12